Nr. 118 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 7. Mai 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 29 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 18.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Zustände im besetzten Frankfurt

Von unserm W.-Mitarbeiter

Frankfurt a. M., 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Auf Befehl der französischen Besatzungsbehörde mußte gestern der größte Teil der im Besitz der Frankfurter Polizei befindlichen Gewehre an die Franzosen abgeliefert werden. Das Vorhandensein dieser Waffen, die ausschließlich der Ausrüstung unsrer Polizeimannschaften dienten, war den Franzosen bekannt, so daß es sich keineswegs um verborgen gehaltenen Bestand handelte. Die Ablieferung ist verlangt worden im Zusammenhang mit der von der Besatzungsbehörde getroffenen Verfügung, wonach die Gesamtzahl der städtischen Polizei auf zeitweise 1500 Mann gebracht werden kann, darunter 1000 Mann Hilfspolizei, und gleichzeitig die Bewaffnung so geregelt wird, daß jeder eine Pistole und einen Säbel erhält, außerdem für sämtliche 1500 Mann insgesamt 500 Gewehre verfügbar bleiben.

Polizeipräsident Ehrler hält diese Bewaffnung für den Fall innerer Unruhen für durchaus ungenügend und hat darum, da er die Verantwortung für sein Amt nicht mehr glaubt tragen zu können, den Minister des Innern ersucht, die Rückgängigmachung der von der Besatzungsbehörde getroffenen Maßnahmen zu erwirken oder ihn seines Amtes zu entheben. Die Sicherheitszustände in Frankfurt haben sich, seitdem die grüne Polizei von den Franzosen abtransportiert worden ist, bedeutend verschlechtert. Es werden täglich 20 bis 30 Einbrüche bei der Polizei gemeldet, trotzdem die Polizeistunde von den Franzosen auf 10 Uhr festgesetzt wurde. Ehrlers Auftreten gegen die Franzosen hat auf die Besatzung und auf die Bürgerschaft einen tiefen Eindruck gemacht. Der ganze Beamtenkörper der Polizei hat sich geschlossen hinter den Polizeipräsidenten gestellt, und nur der Besonnenheit Ehrlers ist es zu danken, daß die Beamtenschaft nicht als Protest gegen diese Schwach der Waffenablieferung die Arbeit niederlegte und zum Streik schritt. Dieser Schritt hätte vermutlich zum Generalstreik in Frankfurt a. M. geführt.

In diese Angelegenheit spielt als Vorgeschichte folgende Episode hinein: Die französische Besatzungsbehörde forderte vor einigen Tagen von der Frankfurter Polizei die Entlassung des am Sonntag den 25. April auf Anordnung der Regierung in Kassel wegen Hochverrats in Frankfurt verhafteten Kommunisten Minster, der unter dem Namen König in Frankfurt die Kommunisten aufhetzte und im Ruhrgebiet gegen die Regierung gearbeitet hat. Minster hatte sich vor dem Krieg in der Schweiz aufgehalten, ist dann während des Krieges in Holland gewesen und hat dort, mit reichlichen Geldmitteln versehen, die jedenfalls, wie die deutsche Regierung behauptet, von der Entente stammen, gegen Deutschland gearbeitet. Er ist dann über die Grenze gelangt und verhaftet worden. Er wäre, wenn die Revolution nicht ausgebrochen wäre, unzweifelhaft erschossen worden. Er wurde zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt, flüchtete aber und ist erst wieder, als die Franzosen die Stadt besetzten, in Frankfurt aufgetaucht. In der ersten Versammlung, in der er nach der Besetzung sprach, spendete er den Franzosen hohes Lob, da es ihnen zu danken wäre, daß die Kommunisten wieder öffentliche Versammlungen abhalten könnten.

Das Ansinnen der Franzosen, den Minster zu entlassen, wurde von der Frankfurter Polizei und auch vom Kasseler Oberpräsidenten abgelehnt. Der Oberpräsident verwies die französischen Kommandobehörden auf den Weg der Verhandlungen an die Staatsregierung. Oberpräsident Dr. Schwander ist in der Angelegenheit des Entlassungsgesuches des Frankfurter Polizeipräsidenten gestern nach Berlin abgereist.

Die deutsch-dänische Grenzlinie

In der Mittwoch-Sitzung des Botschafterrates erklärte Sir Charles Warling, der Vorsitzende der internationalen Kommission für die Abstimmung in Schleswig, daß die Mitglieder der internationalen Kommission sich nicht vollkommen einig seien über die Festsetzung der Grenzlinie. Nach dem „Temps" wäre die Kommission einig, die erste Abstimmungszone Dänemark zuzusprechen, die zweite Abstimmungszone wollen der englische und der schwedische Delegierte Deutschland ganz aufsprechen, der französische und der norwegische Delegierte dagegen schlagen vor, vier Kommunen nach Dänemark zuzuteilen, den Rest bei Deutschland zu belassen. Die gesamte Kommission habe die Aufmerksamkeit des Obersten Rates auf die schwierige Lage gelenkt, in der sich die dänischen Bewohner in der zweiten Zone befinden würden.

*

Die Besetzung der ersten Zone

Die für Mittwoch angekündigte Besetzung der ersten Zone durch dänische Truppen erfolgt. Um 9 Uhr trafen 250 Infanteristen in Tondern ein; um ½12 Uhr lagte ein Dampfer mit zwei Kompagnien in Hadersleben an und um 12 Uhr brachte das dänische Küsten-Panzerschiff „Oluf Fischer" die für Sonderburg bestimmten Truppen. In allen Städten war für einen festlichen Empfang gesorgt worden, an dem auch französische und englische Besatzungstruppen teilnahmen.

Wilsons Veto

„Telegraaf" meldet aus Washington: Wie verlautet, hat Präsident Wilson beschlossen, sein Veto gegen die Resolution Knox über das Eintreten des Friedenszustandes mit Deutschland und Oesterreich einzulegen.

*

Gegen die Uebergriffe französischer Soldaten

In Tarnowitz fand bei strömendem Regen eine über 10 000 Personen umfassende Demonstration statt, die besonders den Uebergriffen französischer Soldaten galt. Ein Franzose wurde der Polizei übergeben.

Noch keine Aussicht auf Räumung

Rotterdam, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.) **Die „Times" melden aus Paris: Frankreich teilte dem Rat der Alliierten mit, daß es den Zeitpunkt zur Räumung Frankfurts und der neutralen Zone auf Grund der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages noch nicht für gekommen erachte.**

*

Der Vormarsch beendigt

Münster, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.) **Die militärische Aktion im Gebiet südlich der Ruhr ist, wie von dort gemeldet wird, nunmehr zum Stillstand gekommen. Ueber Remscheid sind die Sicherheitstruppen nicht weiter vorgerückt. Aus Solingen sind die Truppen zurückgenommen.**

*

Neue Beschwerden

Genf, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Matin" meldet, daß am Freitag der Alliertenrat sich mit einem Einspruch Frankreichs zu befassen haben wird, der sich gegen die neuen militärischen Maßnahmen Deutschlands im Ruhrrevier richtet. — „Echo de Paris" meldet: Die aus dem Ruhrrevier von der Ueberwachungskommission der Alliierten eingegangenen Berichte lauten nicht günstig für Deutschland. Der neue militärische Vormarsch der Deutschen verletzt sowohl das vorjährige August-Abkommen, als auch den Versailler Vertrag, weil Deutschland auch für die neuen militärischen Handlungen in der neutralen Zone nicht die vorherige Genehmigung der Alliierten eingeholt hat.**

*

Eine Sondervertretung Süddeutschlands?

Berlin, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.) **Von den süddeutschen Regierungen ist bei der Reichsregierung der Antrag eingegangen, besondere Vertreter für die süddeutschen Fragen zu den Besprechungen mit den alliierten und assoziierten Mächten in Spa zu delegieren.**

*

Französische Wünsche für Spa

* **Paris, 6. Mai.** Zu der Zusammenkunft zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Millerand mit Lloyd George in der kommenden Woche in London meldet das „Echo de Paris": Falls keine Einigung zwischen den Verbündeten zustande kommt, so wäre die französische Regierung geneigt, eine Verschiebung der Konferenz in Spa zu verlangen. In der Frage der Wiedergutmachung werde ernsthaft erwogen werden müssen, ob nicht an Stelle der dreißigjährigen Raten von drei Milliarden Goldmark zuzüglich einer beweglichen Zusatzrate doch lieber eine endgültige Festsetzung von 125 oder 150 Milliarden erfolgen solle, die je nach der Leistungsfähigkeit Deutschlands in Jahresraten zu entrichten wären. — Wie der „Matin" schreibt, werden sich die französischen Delegierten in Spa vor zwei Notwendigkeiten sehen. Die erste wird darin bestehen, auf nichts zu verzichten, was Frankreich vernünftigerweise erwarten kann. Die zweite Notwendigkeit wird darin bestehen, eine Verständigung mit den amerikanischen und neutralen Fachleuten zu erreichen, die, indem sie entweder die französischen Guthaben eskontieren oder Deutschland unterstützen, es möglich machen soll, daß Frankreich die Zahlungen, die es erwarten kann, auch wirklich erhalte. Um dieser doppelten Notwendigkeit zu genügen, wünschen die französischen Delegierten schon jetzt die Entschädigungssumme zu begrenzen.

Der fehlende Schiffsraum

Eine deutsche Denkschrift

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Wiedergutmachungskommission eine Denkschrift überreicht, in der in Ergänzung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März d. J. übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrages einschränken mußte. Für den Transport dieser Menge von Rohstoffen würden bei strikter Durchführung des Friedensvertrages 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen. In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon irgendwie anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, wie schon in der ersten Denkschrift beantragt, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen zur Uebergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraumes zunächst belassen werden müßten. Deutschland schlägt hierfür die folgende Regelung vor:

1. Die Ablieferung und Uebereignung der noch in deutschem Besitz befindlichen Frachtschiffe über 1600 Bruttoregistertonnen werden auf zwei Jahre hinaus verschoben. Zum Ausgleiche für die während dieser Zeit durch Benutzung entstandene Wertminderung wird die deutsche Regierung einen angemessenen Abschreibungssatz zahlen.

2. Wegen der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen erklärt sich der Wiedergutmachungsausschuß mit den bereits abgelieferten Schiffen dieser Größe befriedigt.

3. Soweit infolge der Auslieferung von Schiffen die Deutschland nach 1 und 2 überlassenen Schiffe nicht den Schiffsraum von 350 000 Bruttoregistertonnen erreichen, wird ihm der [illegible] fehlende Schiffsraum aus den von Süd- und Mittelamerika heimkehrenden Frachtschiffen unter den Bedingungen zu 1 zur Verfügung gestellt.

4. Die Wiedergutmachungskommission wird ersucht, den maritimen Service zu bevollmächtigen, über die Ausführung dieser Vorschläge mit der deutschen Schiffahrtsdelegation, die sich jetzt wieder nach London begibt, zu verhandeln.

Die deutsche Note betont zum Schluß besonders, daß, wenn Deutschland der geforderte Schiffsraum nicht gelassen wird, das deutsche Wirtschaftsleben und die innere Ordnung Deutschlands in einer Weise gestört werden, daß die Erfüllung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen in Frage gestellt, wenn nicht unmöglich gemacht wird.

Die Entente in Odessa

Rotterdam, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Matin" meldet den Einmarsch französischer und englischer Marinedetachements in Odessa. Wie der „Temps" schreibt, haben rumänische Truppen 20 Kilometer östlich von Kischinew die Bolschewistenfront durchbrochen. Tiraskol ist von den Rumänen besetzt.**

*

Polenvorstoß in der Ukraine

Das alte Polenreich träumte von einem Ausgang nach dem Schwarzen Meer. Aber alle seine Bemühungen in dieser Richtung waren vergeblich. Das neue Polenreich scheint diesen Traum nun endlich verwirklichen zu sollen. Man muß es den Warschauer Machthabern lassen: So wenig geschickt sie anscheinend auf dem Gebiet der inneren Politik operieren, so erfolgreich gehen sie in der äußeren Politik vor. Gestützt auf die Bolschewistenfurcht der Entente verstanden sie es, sich von dieser umfassende Hilfsmittel und vor allem wohl auch finanzielle Unterstützungen für eine große Frühjahrsoffensive gegen Sowjetrußland zu sichern. Sie wählten sich dazu die Front aus, die ihnen gleichzeitig zur Verwirklichung ihrer eigenen Ziele dienen konnte: die ukrainische. Hierzu war aber das Einverständnis der ukrainischen Regierung erforderlich. Wenn man weiß, wie tief der Haß, das Mißtrauen und der Widerwille der Ukrainer gegen die Polen wurzelt, dann wird man das diplomatische Kunststück zu würdigen wissen, das die Warschauer Regierung fertig brachte, indem sie die Regierung Petljuras zu einem Abkommen mit dem Polenreich bewog.

Militärisch war die gemeinsame polnisch-ukrainische Aktion sehr gut und gründlich vorbereitet worden. Wenn man auch von polnischen Siegesmeldungen manche Abstriche machen muß, so bleibt doch genug übrig für einen durchschlagenden und bedeutsamen Erfolg dieser Offensive gegen die Bolschewisten. Ob Kiew schon vollständig erobert ist oder nicht, es befindet sich jedenfalls schon im Machtbereich der Polen, die von dort aus den weiteren Vormarsch nach Odessa fortsetzen wollen. Es scheint sich nur noch um eine Frage der Zeit zu handeln, daß auch dieser wichtigste Hafenplatz am Schwarzen Meer den vereinigten polnisch-ukrainischen Streitkräften zufällt. Natürlich sind die Polen auch dann noch lange nicht am ihrem Ziele angelangt.

Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Moskauer Regierung ruhig in ihr Schicksal ergeben und Niederlagen in der Ukraine als unabänderliche Tatsachen hinnehmen wird. Es ist vielmehr sehr wahrscheinlich, daß sie schleunigst alles aufbieten wird, um ihre bisher nur unzulänglichen Streitkräfte an der ukrainischen Front entsprechend zu verstärken und das verlorene Gebiet wieder zurückzugewinnen. Das ist die eine Gefahr für die Polen, die andre besteht darin, daß Petljura, indem er sich mit der Warschauer Regierung verständigte, nur einen Teil des ukrainischen Volkes hinter sich hatte. Es wird nun darauf ankommen, wie groß dieser Teil ist, und ob er imstande sein wird, den Widerstand seiner Landsleute gegen Polen auf die Dauer zu brechen. Die Polen könnten immerhin zwischen zwei gefährliche Feuer geraten und ihr Heil in einem schleunigen Rückzug suchen.

Ist aber diese Gefahr von zwei Seiten nicht in nennenswertem Maße vorhanden oder gelingt es den Polen, ihr rechtzeitig und erfolgreich zu begegnen, dann müßten die jetzigen Ereignisse in der Ukraine für die wirtschaftliche Zukunft des neuen Polenstaates von einer nicht leicht zu überschätzenden Tragweite werden. Deutschland wäre daran in sehr unerfreulicher Weise beteiligt. Denn es ist klar, daß in demselben Maße, in dem sich der Polenstaat von Deutschland wirtschaftlich unabhängig macht, dem militärisch ohnmächtigen Deutschen Reiche dann jedes Mittel fehlen würde, auf den Polenstaat einen wirksamen Druck auszuüben und von ihm irgendwelche politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Zugeständnisse zu erlangen. Insofern ist also auch Deutschland an den Erfolgen oder Mißerfolgen der Polen in der Ukraine außerordentlich interessiert.

Reise englischer Arbeiter nach Ungarn

* **Wien, 6. Mai.** Der englische Arbeiterführer Henderson soll, nach einer Budapester Meldung, mit einer Kommission der englischen Arbeiterpartei am 19. Mai in Ungarn eintreffen. Der ungarische Ministerpräsident hat, um die Nachrichten vom weißen Terror Lügen zu strafen, sowohl an die englische wie die italienische Sozialdemokratie Einladungen ergehen lassen.

*

Ablehnung der Revisionsforderungen

* **Paris, 6. Mai.** Der ungarischen Friedensabordnung in Versailles ist die Antwort der Verbündeten auf ihre Gegenvorschläge überreicht worden. Die Abänderung der Grenze ist abgelehnt worden, auch die Volksabstimmung in den strittigen Gebieten, da sie nach Ansicht der Verbündeten auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße. Gewisse Zugeständnisse sollen jedoch gemacht worden sein.

Die Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland

Nach dem „Nieuwe Courr." wird aus London mitgeteilt, daß der interalliierte Oberste Rat beschlossen hat, daß Vertreter der wirtschaftlichen Abteilung unverzüglich nach Kopenhagen reisen, um dort mit Krassin und andern Delegierten der Sowjetregierung zu beraten. Die englische Regierung hat den Sowjetdelegierten die Erlaubnis erteilt, nach London zu kommen.

Ein deutsches Strafgefangenenlager

* **Frankfurt, 6. Mai.** Wie der „Frankfurter Zeitung" geschrieben wird, befinden sich in französischen Gefangenenlagern noch kriegsgefangene Deutsche, die wegen Vergehen, die nicht auf dem Gebiete der Disziplin bestraft wurden und deren Zurückbehaltung Frankreich sich ausbedungen hatte. Ein solches Lager mit etwa 400 Gefangenen befindet sich in Avignon. Von dort kommen briefliche Nachrichten, datiert von Anfang April, in denen sich die Gefangenen über ihr Abgeschnittensein von aller Welt, vor allem, aber über das Ausbleiben der Post bitter beklagen, weiter auch über die ungerechtfertigte Behandlung ihrer leichten Vergehen.

Bucks Programmrede

„Allens blimmt bi'n Ollen" — dies unbehaglich behagliche Zitat aus dem mecklenburgischen Landtagsprotokoll von 1848, dessen Ueberlieferung in der „Urgeschichte von Mecklenburg" wir der schnurrigen Anspielung Fritz Reuters verdanken, dies Wort fällt einem doch ein, wenn man das — für uns immerhin historisch wichtige — Ereignis des zweiten Ministerpräsidentenjahrs in Sachsen kaum sehr zu (sagen) Anlaß erhielt, Politisch betrachtet, trotzdem der gestrigen Programmrede des Ministers Buck Anlaß ist. Der neue Mann, den das Vertrauen der Kammer auf seinen höchst verantwortungsvollen Posten berief, erklärte, daß er und sein Kabinett an der im Oktober vorigen Jahres eingeleiteten demokratischen Koalitionspolitik festhalten und versuchen werde, den Forderungen der Zeit und den berechtigten und realisierbaren Forderungen seiner Volksgenossen gerecht zu werden. Er bekannte sich schließlich ausdrücklich zu dem von Dr. Gradnauer am 20. März 1919 entwickelten Programm, das wesentlich den Grundsatz der Demokratie vertritt. Daraus ergibt sich, daß der Personenwechsel in der sächsischen Regierung — bis auf Gradnauer und Uhlig ist ja das Kabinett geblieben — sehr überflüssig war, daß das Vorgehen einer radikalsozialistischen Minderheit der einen der beiden Koalitionsparteien (höchst undemokratisch in der Absicht) das sächsische Staatsleben gefährdet hat, ohne irgendwie zureichenden Grund, ohne innere Berechtigung.

Auch ohne besondere Erklärung hätte man gewußt, daß der neue Ministerpräsident unzweifelhaft die politischen Richtlinien seines Vorgängers einzuhalten bestrebt sein wird. Nach dem Ergebnis der Meißner Konferenz hat es den Anschein, als ob die Möglichkeit dazu gegeben wäre. Aber man darf nicht der Selbsttäuschung verfallen, als ob die Ehemnitzer Richtung ihre Ansprüche und ihre Meinung nach demokratischen Grundsätzen nun untergeordnet hätte. Ob in Sachsen und im Reiche mit demokratischen Schlagworten oder ehrlich demokratisch regiert wird, hängt gegenwärtig nicht von einzelnen Regierenden und ihrem guten Willen ab. Nicht Macht der Persönlichkeit wirkt heute stärker — sicher auch deshalb, weil große, starke Persönlichkeiten fehlen —, sondern Macht undemokratischer, nicht verfassungsmäßig verankerter Kräfte. Der neue Ministerpräsident hat mit einer gewissen Feierlichkeit betont, daß er keine wie immer geartete Nebenregierung gelten lasse, seien es nun Arbeiterräte oder Bürgerräte oder Aktionsausschüsse. Man darf an seinem festen Willen gewiß nicht zweifeln, aber man kann sich ebensowenig verhehlen, daß die Durchführung seiner demokratischen Grundsätze schon in der Wahlzeit schwierig genug sein wird. Man braucht dabei nicht einmal an die Forderungen auf radikale Straßenpolitik und die Gefährdung aller staatlichen Ordnung und Wirtschaft hierdurch zu denken. Allein schon die Tatsache, daß die sozialdemokratische Presse zu einem erheblichen Teil sich immer noch nicht in die Denkrichtung der Presse einer Regierungspartei gefunden hat, vielmehr, wie einst im Mai, stets bereit ist, als Oppositionspresse zu wirken, bezeichnet die Macht- und Willensarenge eines Ministerpräsidenten, der zudem an eine Koalition gebunden ist, die von den Extremen von rechts und links angefeindet wird, weil es ja so gar bequem ist und für den Gimpelfang bei Wahlen aussichtsreich wie jede Spekulation auf menschliche Denkfaulheit, den Unzufriedenen einzureden, es wäre in Deutschland eine Lust zu leben, die Butter stände das Pfund zehn Groschen und jeder habe Sonntags sein Huhn im Topfe, wenn nicht eben diese Koalition alles in Grund und Boden regiert und verwaltet habe.

Der neue Ministerpräsident ist mit Lorgnet eingegangen. Er hat der negativen, sämtlich unbeschränkten Kritik all der Leute, die zwar Putsche und Gewaltsamkeiten schüren und singern können, aber sich jeder Verantwortlichkeit und jedem Anspruch auf positive politische Arbeitsleistung entziehen, die „gewaltige politische Arbeit der Koalition in 18 Monaten" entgegengehalten. Aber das wird leider die Beurteiler nicht gescheiter machen, als sie bisher waren. Denn zweifellos hätte die tatsächliche Leistung allen Schwierigkeiten der deutschen Wiederaufbau-Entwirrung zum Trotz erheblich größer sein können, wenn die Rücksicht auf die Parteibilanz bei den Regierenden in den Ländern, wie im Reiche, nicht leider fast immer in entscheidenden Augenblicken größer gewesen wäre als die auf die Reichsbilanz.

Es wird sich im Wahlkampfe noch nicht so wie bei dem Wählergebnis zeigen, daß man in weiten Volkskreisen gegen diese Art der Parteipolitik und des parlamentarischen Systems erbost ist. In den extremen Parteien spekuliert man unzweideutig auf diese Stimmung. Und diese Spekulation dürfte überall da sich als richtig erweisen, wo die Regierenden nicht noch rechtzeitig den Mut finden, einzugestehen und zu verkünden, daß Demokratie und Klassenkampf sich gegenseitig ausschließen und niemals vereinigen lassen. Etwas Derartiges hat der Reichswehrminister Geßler ja mit andern Worten vorgestern in einer Rede als Axiom hingestellt. In der Rede Bucks ist es noch immer nicht so klipp und klar ausgesprochen. Denn man kann „Gegner jedes Terrors und jedes Gewaltakts" sein und doch Ansprüche auf eine Klasseherrschaft oder -vorherrschaft sich so auswirken lassen, daß alle andern Klassen tatsächlich unfrei und minderen Rechts werden. In dieser Beziehung tragen die Demokraten in der Regierung nur eine mittelbare Verantwortung, da die eigentlichen politischen Ministerien ja noch wie vor mit Sozialisten besetzt sind. Man versteht es daher sehr wohl, daß Dr. Köpsel, den man nach seinem Bekenntnis in Leipzig nicht auf den vordersten Reichstagskandidatenplatz geschoben hat, verlangt, daß an der Spitze der entscheidenden Ministerien demokratische Männer stehen müßten, die den Staatsgedanken über alle Partei- und Klassenforderungen stellen, d. h. wirklich demokratisch regieren. Vielleicht ist es indessen politisch klug, solche Kräfte, wenn sie wirklich vorhanden sind, nicht in der kurzen Uebergangszeit vor den Wahlen zu verbrauchen. — —

Das Bekenntnis des Herrn Buck zur Koalitionspolitik, an der er festhalten will, kann doch nur so gedeutet werden, daß auch der neue Ministerpräsident der Meinung ist, es könne ebensowenig gegen die Arbeiter, als gegen alle übrigen Volksteile regiert werden. Wie sich die Koalitions-Möglichkeiten und -Notwendigkeiten entwickeln, das wird erst nach den Wahlen zu übersehen sein. Und wenn es Herrn Buck und seinen Mitarbeitern gelingt, in den Wahlkampf etwas von dem hineinzutragen, was in der Rede des Ministerpräsidenten zu lesen und zu fühlen ist an reiner Menschlichkeit, dann darf man sich davon allerhand versprechen. Eine kluge Kabinettspolitik kann „Erbitterung und Leidenschaftlichkeit" auf mancherlei Art abschwächen. Sie muß vor allem aber den Mut haben und die Macht, Erbitterung und Leidenschaftlichkeit nicht andauernd steigern zu lassen durch diejenigen Kräfte, die den höchsten Unfrieden wollen, weil sie ihn für sich rücksichtslos auszunützen gedenken. Bei den Verhandlungen über die Ge-